

Bohrungen und Vermessungen auf IGI-Gelände

Zweckverband stimmt Untersuchungen im geplanten Industriegebiet zu – Kritik von Bürgerinitiative

gem/asp

31. Januar 2018

Warthausen - Auf den Flächen des potenziellen Interkommunalen Industriegebiets (IGI) im Rißtal wird es im Februar und März zu Bohrungen und Vermessungsarbeiten kommen. Diese seien jetzt erforderlich, um den mit der Biberacher Firma Handtmann abgesteckten Zeitplan für eine Ansiedlung in dem Gebiet einhalten zu können, auch wenn noch gar nicht entschieden sei, ob das IGI tatsächlich kommt. Dies haben Biberachs Baubürgermeister Christian Kuhlmann und Warthausens Bürgermeister Wolfgang Jautz in den Gemeinderatssitzungen der beiden Kommunen am Montagabend bekannt gegeben.

"Wir wissen, dass wir damit ins Risiko gehen", so Kuhlmann. Hintergrund ist, dass das Ergebnis des Zielabweichungsverfahrens beim Regierungspräsidium (RP) Tübingen noch immer auf sich warten lässt. Es soll klären, ob das IGI an dieser Stelle überhaupt zulässig ist. Mit einem Ergebnis sei laut RP "in absehbarer Zeit" zu rechnen, sagte der Baubürgermeister, der auch stellvertretender Vorsitzender des Zweckverbands IGI Rißtal ist. Wie das Verfahren ausgehe, sei noch völlig offen. Weil man beim Zweckverband aber bereits schon für Herbst 2017 mit einer Entscheidung des RP gerechnet hatte, habe man jetzt ein Zeitproblem. "Die Firma Handtmann hat einen konkreten Bedarf für ihre Erweiterung formuliert und sollte deshalb möglichst 2019 mit dem Bau beginnen können", sagte Kuhlmann.

Dafür müssten auf der betreffenden Fläche im Rißtal aber vorab hydrologische Untersuchungen und Vermessungsarbeiten vorgenommen werden. Zusammen mit Handtmann habe der Zweckverband deshalb beschlossen, ins Risiko zu gehen. Entsprechende Bohr- und Vermessungsarbeiten seien in Auftrag gegeben worden und sollen im Februar/März stattfinden. Es solle sich deshalb niemand irritiert fühlen, wenn dort Bohrgerät und Vermessungsfachleute zu sehen seien, so Kuhlmann. "Das nimmt keine Entscheidung des RP vorweg. Wir tun das, ohne zu wissen, wie es weitergeht."

Spreche sich das RP im Zielabweichungsverfahren gegen das IGI aus, sei das Geld weg, das der Zweckverband und Handtmann nun für die Vorarbeiten bereitstellen. In diesem Fall würden auch die Untersuchungsarbeiten umgehend gestoppt, betonte Warthausens Bürgermeister Jautz. Falls sich das RP allerdings zugunsten des IGI ausspreche, bleibe man im vorgesehenen Zeitplan. Die Kosten für die Untersuchungen wollen der Zweckverband und die Firma Handtmann ungefähr zu gleichen Teilen übernehmen. Die genaue Höhe der Kosten stehe bislang jedoch noch nicht fest, erklärte Jautz im Gespräch mit der SZ.

Kritik an den Untersuchungen hat die Bürgerinitiative "Schutzgemeinschaft Rißtal" geäußert. Dass die Gemeinden das finanzielle Risiko eingehen, sei "hoch bedenklich", erklärte der zweite Vorsitzende Klaus Schneider. Bürgermeister Jautz hat die Kritik zurückgewiesen: "Im Prinzip machen wir jetzt genau das, was immer gefordert wurde: Wir leiten auf dem Gebiet Untersuchungen ein", erklärte er.